

„Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller“

Oliver Malchow

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Gewalt und Radikalität
Ausgewählte Beiträge des 23. Deutschen Präventionstages
11. und 12. Juni 2018 in Dresden
Forum Verlag Godesberg GmbH 2019, Seite 297

978-3-96410-000-9 (Printausgabe)
978-3-96410-001-6 (eBook)

Oliver Malchow

„Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller“

In den letzten Monaten standen drei antisemitische Vorfälle im Fokus der Öffentlichkeit. Es wurde intensiv darüber berichtet, dass ein Mädchen in der zweiten Grundschulklasse von muslimischen Mitschülern wegen ihres religiösen Hintergrundes als Jüdin beschimpft wurde. Im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg wurde ein junger Mann mit einem Gürtel geschlagen, weil er eine Kippa trug. Der Täter war dem arabischen Raum zuzuordnen. Der etablierte Musikpreis Echo löste sich selbst auf, nachdem die Echoverleihung an zwei Rapper für nationale Empörung gesorgt hatte. Mit dem Echo war zuvor ein Song ausgezeichnet worden, der antisemitische Passagen enthielt. Der Umstand, dass wir über diese Taten informiert wurden und die Tatsache, dass ein renommierter Musikpreis aufgegeben wurde, könnten einen beruhigen. Die Gesellschaft reagiert noch auf antisemitische Ausfälle. Aber reicht dies als Prävention? Tatsache ist, dass die sogenannten importierten antisemitischen Straftaten angestiegen sind. Fakt ist auch, dass von den im Jahr 2017 registrierten 1.500 antisemitischen Straftaten 95 % rechtmotiviert waren.

Niemand kann und darf daran zweifeln, dass die deutsche Vergangenheit und die entsetzlichen Verbrechen des Holocaust auch der heutigen Generation eine schwere Bürde auferlegt hat. Diese Bürde ist Verantwortung zugleich. Keine Gesellschaft trägt mehr Verantwortung für die Bekämpfung des Antisemitismus als die deutsche. Reichen meine Worte, die sich im Einklang mit vielen Reden finden, aus? Meine klare Antwort lautet: Nein, wir müssen mehr tun!

Wir müssen mehr Anstrengung unternehmen, um die Ursachen von Antisemitismus zu erkennen und wir müssen mehr Anstrengung unternehmen, klare Grenzen der Toleranz aufzuzeigen.

Das Wort „radikal“ hat seinen Ursprung im lateinischen Wort „Radix“, zu Deutsch „die Wurzel“. Gelegentlich politisch radikal zu denken und damit im besten Wortsinne den Problemen gedanklich an die Wurzeln zu gehen, ist nicht immer falsch oder verwerflich, sondern ist nicht selten richtig. Allzu oft bleiben Problembeschreibungen und Analysen an der Oberfläche und sind dadurch eben nicht radikal, also an die Wurzel gehend. Ich wünsche mir deshalb mehr Radikalität im Sinne eines an die Wurzel des Übels gehenden Gedankenganges, denn nur wer bereit ist, in der Diskussion um die besten Konzepte Bestehendes in Frage zu stellen, kann zu wirklichen Lösungen vordringen.

Der politische Radikalismus von links und rechts, über den ich hier spreche, ist aber anders zu begreifen. Dieser politische Radikalismus besteht ja gerade darin, mühsam erstrittene, durch Entbehrungen erreichte und zäh verteidigte Werte und Gesellschaftsordnungen so infrage zu stellen, dass am Ende Unfreiheit und Verfolgung drohen. Diesen politischen Radikalismus, der mutwillig zerstört, der das Recht der anderen mit Füßen tritt, der Angst und Schrecken verbreitet, der die Würde von Menschen angreift, diesen politischen Radikalismus lehnen die Gewerkschaft der Polizei und ich ab.

Polizeilich wird der Radikalismus in der Statistik über die politisch motivierte Kriminalität erfasst. Die Zahl politisch motivierter Straftaten ist nach Jahren des Anstiegs erstmals deutlich gesunken, und zwar um rund 5 % auf 39.500 Straftaten, darunter 3.750 Gewalttaten. Die Zahl der Straftaten im Bereich PMK rechts ist um fast 13 % zurückgegangen. Die links motivierten Straftaten sind hingegen um rund 4 % gestiegen. Konkret sprechen wir hier von rund 20.500 Taten im Bereich PMK rechts und rund 9.750 Taten im Bereich PMK links. Die häufigsten Delikte sind mit rund 34 % die sogenannten Propaganda-Delikte, d. h., das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Sie machen im Bereich der PMK rechts sogar rund 60 % aller Straftaten aus. Schaut man sich die Gewaltdelikte an, so wurden im Bereich PMK links rund 2.000 Taten registriert, im Bereich PMK rechts 1.130 Taten.

Im Jahr 2017 hatte der G20-Gipfel einen großen Einfluss auf die Statistik durch die Vielzahl von Ermittlungsverfahren. Deutlich zurückgegangen sind die Angriffe auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte. Allerdings wurden auch im Jahr 2017 312 Delikte dieser Art registriert. Mit anderen Worten: Nahezu jeden Tag wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein Angriff auf eine Asylunterkunft polizeilich registriert.

Im Phänomenbereich religiöse Ideologie gab es im Jahr 2017 rund 1.100 Straftaten, rund 95 % dieser Taten hatten einen islamistischen Hintergrund.

Nach diesem Exkurs in die Welt der speziellen Kriminalstatistik möchte ich Ihnen meine und unsere Auffassungen zum gesellschaftlichen Auftrag der Prävention im Phänomenbereich politischer Radikalisierung unterbreiten.

1. Wir müssen wachsam bleiben!

Die Vorkommnisse um die Echoverleihung haben deutlich gemacht, dass die politischen Reflexe gegen unverhohlenen und öffentlich gemachten Antisemitismus nach wie vor vorhanden sind. Das ist gut so! Ich sehe aber mit Sorge, dass Vorkommnisse an Schulen möglicherweise nicht so konsequent aufgearbeitet werden, wie im Falle des Echomusikpreises. Ich verfüge selbst nicht über tiefere Daten, aber wir müssen uns ehrlich machen und die Frage stellen, ob wir im Bereich der Schulen genug tun, um einer Ausbreitung des Antisemitismus mit muslimischer Prägung entgegenzustellen. Wir müssen wachsam bleiben und alle Entwicklungen des

politischen Radikalismus beobachten und entsprechende Schlüsse ziehen. Die von manchen geforderte Verpflichtung, Holocaust-Gedenkstätten in der Schule besuchen zu müssen, beinhaltet immer auch die Gefahr der ablehnenden Gegenbewegung, die aus dem Moment der Verpflichtung entstehen kann. Ich wünsche mir, dass der Geschichtsunterricht auch an Schulen mit vorwiegend muslimischen Schülerinnen und Schülern so zielgruppenorientiert ist, dass diese Schüler selbst das Interesse haben, an die Orte deutscher Gräueltaten zu gehen. Das Bewusstsein deutscher Schüler, mit welchem persönlich-familiären Hintergrund auch immer, über die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte ist ein wichtiger Punkt. Ein anderer wichtiger Punkt der Prävention ist aber, dass wir allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eröffnen, eigene Standpunkte, auch über die aktuelle Entwicklung im Nahen Osten, zu äußern und zu bewerten. Denkverbote erzeugen Ablehnung, Verständigung und Offenheit bringen Solidarität.

Wir müssen darüber hinaus wachsam bleiben, wenn Tendenzen in unserem Land zunehmen, politische Prozesse mit den Mitteln der Aggression zu befördern. Es ist bestimmt richtig, dass insbesondere in den Großstädten die Not herrscht, preiswerten Wohnraum zu finden. Aber wenn die Besetzung von Häusern, wie an Pfingsten in Berlin geschehen, gewaltsam umgesetzt wird, dann muss man die Frage stellen, ob die wohlmeinenden und verständnisvollen politischen Kommentare im Nachgang dieser Hausbesetzungen, der richtige Weg sind. Meine Kolleginnen und Kollegen haben die sogenannte Berliner Linie, d. h., Räumung besetzter Häuser binnen 24 Stunden, im klaren Auftrag des Berliner Innensensors umgesetzt. Nach meinem Verständnis ist es nicht richtig, Verständnis für Rechtsbruch zu signalisieren. Richtig ist es, genügend Wohnraum zu schaffen, damit alle Menschen legal und angemessen zum Lebensstandard wohnen können. Leerstand darf nicht mit rechtswidrigen Selbsthilfe-Maßnahmen angegangen werden. Der Staat ist vielmehr gefordert, Ordnungsrecht zu entwickeln und damit dem gesellschaftlich nicht hinnehmbaren Wohnungsleerstand entgegenzuwirken.

Wir müssen auch aufmerksam bleiben, dass nach massiven gewalttätigen Ausschreitungen, wie wir sie beim Hamburger G20-Gipfel erlebt haben, keine Relativierungen dem politischen Radikalismus den Weg bereiten. Die GdP war und ist immer bereit, über den Ablauf polizeilicher Handlungen zu diskutieren. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass pauschale Kritik am polizeilichen Vorgehen letztendlich dazu genutzt wird, gewalttätige politisch gemeinte Ausbrüche zu legitimieren.

2. Wir müssen uns abgrenzen!

Über viele Jahre war und ist es politischer Konsens in unserer Gesellschaft, eine klare Abgrenzung gegenüber politischer Radikalität von Rechts zu üben. Die Bundesrepublik Deutschland hat große Erfahrung darin, rechtsextremen Parteien und Vereinen die Stirn zu bieten. Es bleibt vollkommen richtig, dass Kommunen z. B. alles daran

gesetzt haben, der rechtsextremen Partei NPD keine öffentlichen Räume zur Verfügung stellen zu müssen. In einem Akt des Aufstandes der Anständigen haben sich Kommunen bis zum Bundesverfassungsgericht hin verklagen lassen, wenn es um die Nutzung öffentlicher Räume durch die NPD ging. Mit dem Einzug der AfD in viele Landesparlamente und in den Deutschen Bundestag ist diese Abgrenzung schwierig geworden. Man täte vielen Wählerinnen und Wählern sicher Unrecht, wenn man sie in die rechtsextreme Ecke stellt. Und sicher ist auch nicht jeder Landtags- oder Bundestags-Abgeordneter der AfD ein Rechtsradikaler. Wer aber den politischen Radikalismus in der AfD bekämpfen will, und dafür gibt es sicherlich genug Anlass, der muss die Dinge beim Namen nennen und der darf auch nicht vor Abgrenzung zurückschrecken. Die Co-Chefin der AfD im Deutschen Bundestag, Frau Weidel, sprach in ihrer Haushaltsrede von „Kopftuchmädchen und alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen“, die den Wohlstand nicht sichern würden. Es ist von großer Bedeutung, Politikern entschlossen entgegenzutreten, die solche aufhetzende und diskriminierende Sprache verwenden, um sich zu profilieren und das Land, in dem wir leben, zu spalten. Für die GdP ist die AfD kein Gesprächspartner. Wir grenzen uns bewusst gegenüber der AfD ab, weil wir diese Form der politischen Radikalität nicht auch noch durch unsere Gesprächsbereitschaft legitimieren wollen.

3. Wir müssen wehrhaft sein!

Wir müssen also nicht nur wachsam sein und uns abgrenzen, sondern wir müssen auch wehrhaft sein, wenn wir politischem Radikalismus präventiv begegnen wollen. Wer an wehrhafte Demokratie denkt, hat, je nach Alter, bestimmte Bilder vor Augen. Vor 41 Jahren stand Bundeskanzler Helmut Schmidt für wehrhafte Demokratie, weil die Bundesregierung unter seiner Führung, im Übrigen im Einklang mit der Opposition, jeden Erpressungsversuch durch die linksterroristische Rote Armee Fraktion (RAF) widerstand. Die Wehrhaftigkeit damals führte auch zum Tod des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Mich hat, wie viele andere auch, der sogenannte Deutsche Herbst tief geprägt. Für mich war immer wehrhafte Demokratie der Inbegriff von Standfestigkeit der politischen Repräsentanten gegenüber Angriffen von Innen und Außen. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus waren weitere Leitmotive der wehrhaften Demokratie. Meine Generation war sich also sicher, dass die Demokratie verteidigt wird, wenn man nur konsequent genug mit den Feinden der Demokratie umgeht, ein rechtsstaatliches Verfahren natürlich inbegriffen.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass diese Form der Wehrhaftigkeit mit der Konzentration auf die erkennbaren Feinde der Demokratie nicht mehr ausreicht. Der Staat muss gewissermaßen an sich selbst herunterblicken und sich fragen, wie wehrhaft er selbst noch ist. Meine Sorge ist, dass die Demokratie durch innere Zersetzungsprozesse in Gefahr geraten kann. Meine Sorge ist, dass durch verfehlte Personalplanung im Bereich von Polizei und Justiz, durch ein eklatantes Staatsversagen auch im Bereich der Verwaltung, indem Bürgerinnen und Bürger sechs Monate auf die Genehmigung

eines Führerscheinerwerbs warten, indem Bürger sich nicht ordnungsgemäß Ummelden können und indem nicht mal ansatzweise so viel Kita-Plätze angeboten werden, wie benötigt. Meine große Sorge ist, dass durch dieses Staatsversagen, und ich könnte noch mehr Beispiele nennen, wie akuter Lehrermangel, wie akuter Mangel an Richtern und Staatsanwälten und wie akuter Mangel an Feuerwehrleuten, die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in ihren Staat Bundesrepublik Deutschland verlieren. Die Demokratie muss sich wehren, und zwar auch gegen den Eindruck, dass diese Staatsform nicht in der Lage wäre, das Leben der Menschen gut zu organisieren. Wehrhafte Demokratie ist deshalb nicht nur der Kampf gegen Terroristen in einer Staatskrise, sondern wehrhafte Demokratie ist auch der Prozess der guten Staatsführung. Wir brauchen heute mehr denn je einen handlungsfähigen Staat!

Wenn Bürgerinnen und Bürger meine Kolleginnen und Kollegen im Dienst angreifen, weil ihnen die polizeiliche Anordnung irgendwie nicht passt, dann sagen wir, dies ist nicht nur ein Angriff auf die Polizistin, sondern dies ist ein Angriff auf alle, weil die Polizistin Stellvertreterin des Staates ist. Soweit, so richtig. Wie lautet aber die Antwort der wehrhaften Demokratie auf dieses Phänomen, diese Straftat? Meines Erachtens ist die Reaktion oftmals viel zu schwach. Über acht Jahre hat meine Organisation für eine deutliche Strafschärfung geworben und letztendlich auch durchgesetzt. Uns geht es nicht in erster Linie darum, dass ein Polizeiangreifer möglichst lange im Knast verschwindet, uns geht es vor allem darum, dass der Staat mit einer konsequenten Reaktion zeigt, dass er sich wehren kann, und zwar gegenüber jedermann, der den Staat und seine Repräsentanten angreift und verachtet.

Die wehrhafte Demokratie zeigt sich auch darin, dass wir genügend Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen haben, die die Straftaten verfolgen können, die Bürger erlitten haben. Und dabei wollen wir nicht mehr Kolleginnen und Kollegen haben, weil es uns in erster Linie um Entlastung geht, wir wollen mehr Kolleginnen und Kollegen haben, weil der Staat ansonsten in größeren Teilen erlittenes Unrecht nicht mehr verfolgen kann. Und wenn Unrecht nicht mehr verfolgt wird, d. h., wenn der Staat sehenden Auges nicht mehr einschreitet, dann wird der Staat zum Mittäter und diese Mittäterschaft führt kurz oder lang zur inneren Zersetzung der Demokratie.

Vor 5.000 Jahren haben sich Bürger zu einem Staat zusammengeschlossen, mit dem Versprechen durch die Staatsgemeinschaft einander Sicherheit zu geben. Das Gewaltmonopol des Staates findet exakt hierin seine Begründung. Der Einzelne verfolgt sein Recht nicht mit der Faust, weil er sich sicher sein kann, dass die durch die Gemeinschaft legitimierten Akteure, also Polizei und Justiz, dieses Unrecht mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgen. Wenn dies nicht mehr gewährleistet ist, kündigt der Staat einseitig den Vertrag zur Begründung einer Staatsgemeinschaft auf. Diese Situation wäre hochgefährlich. Sie würde bedeuten, dass Kräfte in unserem Land die Oberhand gewinnen könnten, die die Demokratie, so wie wir sie kennen, abschaffen wollen. Die Existenz von Bürgerwehren und der erkennbare Wille mancher Bürger, das vermeint-

liche Recht selbst in die Hand zu nehmen, sind Alarmsignale, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Die Gewerkschaft der Polizei und ich stehen für eine andere Idee. Wir wollen einen starken handlungsfähigen Staat, der im Inneren so gut aufgestellt ist, dass die Rechtspflege tatsächlich funktioniert. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher fühlen, politisch radikale Menschen sollen keine Anknüpfungspunkte finden, um unsere Demokratie zersetzen zu können. Das bedeutet für uns wehrhafte Demokratie.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

I. Der 23. Deutsche Präventionstag im Überblick

Ute Frevert

Präventionsrede: „Gewalt und Radikalität, heute und gestern“ 9

Dirk Baier

Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag:
„Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven“ 13

Erich Marks

Zur Eröffnung des 23. Deutschen Präventionstages in Dresden:
Angesichts der zunehmenden Komplexität von Krisen „muss die
Prävention im Mittelpunkt unseres Handelns stehen“ 99

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 23. Deutschen Präventionstages 115

Merle Werner, Rainer Strobl

Evaluation des 23. Deutschen Präventionstages am 11. und 12. Juni 2018
in Dresden 145

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Frank Buchheit

Resonanzachsen und ideologische Deradikalisierung 199

Marc Coester

Der schmale Grat zwischen Hate Speech und Meinungsfreiheit 217

Mathieu Coquelin

Da.Gegen.Redde – Ein Modellprojekt zur Stärkung im Umgang mit
Hass im Netz 227

Bernt Gebauer

„Free to Speak – Safe to Learn“ - Democratic Schools for All
Unterrichten kontroverser Themen als Extremismusprävention 239

<i>Rüdiger José Hamm</i> Prävention im Bereich des religiös begründeten Extremismus: Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Träger	253
<i>Yuliya Hauff</i> Prävention von Radikalisierung in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten	261
<i>Christian Heincke; Anika Aschendorf, Annika Jacobs</i> „Helden statt Trolle – Krass gesagt? Hinterfragt!“	268
<i>Franziska Heinze</i> Bewährte Modelle der Radikalisierungsprävention verbreiten	275
<i>Frank König</i> Rechtsextremismusprävention: Vom Spezial- zum Regelangebot	285
<i>Oliver Malchow</i> „Politische Radikalisierung – Prävention ist Aufgabe aller“	297
<i>Colette Marti</i> Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Internet: ein gesamtschweizerisches Projekt der Nationalen Plattform Jugend und Medien	303
<i>Björn Milbradt</i> Rechtspopulismus als Herausforderung für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung	307
<i>Iris Alice Muth, Katharina Penev-Ben Shahr</i> Radikalisierungsprävention im Bund: „Demokratie leben!“	319
<i>Uwe Nelle-Cornelsen</i> Radikalisierte/-ierung im Justizvollzug – ein Praxisbericht	329
<i>Thomas Pfeiffer, Stefan Wößmann</i> VIR: VeränderungsImpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen	337
<i>Juliane Reulecke, Daniel Speer</i> Ein virtuelles Training gegen Hass und Gewalt	345
<i>Karoline Roshdi</i> Spektrum Reichsbürger – Gefahren der Gewalt	353

<i>Larissa Sander</i> Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug	365
<i>Tanja Schwarzer</i> Extremismusprävention auf lokaler Ebene – Ein Videospot	371
<i>Kerstin Sischka</i> Psychotherapeutische Beiträge zur Extremismus-Prävention. Erfahrungen, Grundlagen und Kooperationsmöglichkeiten.	375
<i>Melanie Wegel</i> Radikalisierungsprävention durch Theaterpädagogik	387
<i>Tilman Weinig</i> X-Games - Spiel zur Radikalisierungsprävention an Schulen	397
<i>Wolfgang Weissbeck</i> Schnittstellen und gemeinsame Herausforderungen durch Amokhandlungen und andere schwere Gewaltandrohungen	403
III Autor*innen	417